



Sitzungsvorlage

Nr.: 191a/2005
ausgefertigt am: 12.10.2005
Fachamt: Interner Servicebetrieb
zu beteiligende Gremien: – Kreistag

Tischvorlage

Gaspreiserhöhung der EWE

hier: Änderungsantrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 11.10.2005

Die CDU-Kreistagsfraktion hat mit Schreiben vom 11.10.2005 zum Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27.09.2005 (siehe Sitzungsvorlage Nr. 191/2005) folgenden Änderungsantrag gestellt:

1. „Der Kreistag betrachtet mit großer Sorge die mehrfachen bundesweiten Preiserhöhungen im Energiesektor, besonders bei Öl und Gas und hat großes Verständnis für die Unmutäußerungen der Bevölkerung.
2. Die Abhängigkeit des Gaseinkaufspreises der EWE von der Entwicklung des Ölmarktes darf nicht zu einer automatischen Weitergabe der Preiserhöhung an die Verbraucher führen. Die EWE sollte sich stattdessen weiter intensiv bemühen, durch geeignete Maßnahmen im Bereich ihrer übrigen Kosten zu sparen.
3. Der Kreistag begrüßt die Bestrebungen der staatlichen Aufsichtsbehörden (Bundeskartellamt), die Gaspreisbindung an die Entwicklung des Ölpreises zu überprüfen und gegebenenfalls abzuschaffen.
4. Der Kreistag fordert die EWE auf, eine offensive Informationspolitik zu betreiben und verantwortlich die Interessen der Kommunen und der Bürger mit einzubeziehen. Dieses gilt in besonderem Maße für die Vertreter der zuständigen Gremien der EWE. Diese sollten Kreisausschuss und Kreistag mehr als bisher regelmäßig über die Entwicklungen informieren.

Begründung:

Die Erhöhung der Dividenden ist nicht zur Ausschüttung an die Anteilseigner (Kommunen) vorgesehen, sondern dient der Zinszahlung für den Kauf der ehemaligen E.On-Beteiligung an der EWE von damals 27,4 %.

Die Aussetzung der Gewinnrücklage würde die geplanten Investitionen nicht mehr ermöglichen und die notwendige Eigenkapitalbildung erschweren. Das bedeutet weniger Aufträge für die heimische Wirtschaft und Gefährdung von Arbeitsplätzen in den heimischen mittelständischen Betrieben.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.“